

UMWELTSCHÜTZER FORDERN ENDE DES BAU-BOOMS



Freiflächen sinnvoll nutzen: Eine neue Umweltinitiative will Gewerbegebiete wie hier in Freiham künftig verhindern.

FOTO: KLAUS HAAG

München soll nicht mehr wachsen

Stößt München an die Grenzen seines Wachstums? So sieht es zumindest eine neue Umweltinitiative. Mit 100 000 Unterschriften will sie die Stadt davon abhalten, neue Gewerbeflächen auszuweisen.

VON ANGELO RYCHEL

Es ist ein ambitioniertes Ziel: Über 100 000 Unterschriften will die Initiative „Grünflächen sind keine Baulandreserven“ in und um München in den nächsten Monaten sammeln. Damit will sie Druck auf die Stadt München und ihre umliegenden Gemeinden ausüben. Das Bündnis vereint viele Organisationen wie „Green City“, „Attac“ oder den „Naturschutzbund Bayern“. Gemeinsam ist ihnen die Meinung, dass München nicht unbegrenzt wachsen kann. „Die Stadtentwicklungspolitik ist in einer Sackgasse“, findet Claus Obermeier von der Gregor Louisöder Umweltstiftung. Kernforde-

ring des neuen Bündnisses: Die Stadt soll keine weiteren Gewerbeflächen ausweisen.

Prognosen zufolge soll die Stadtbevölkerung bis 2030 um 150 000 Menschen auf dann über 1,5 Millionen Münchner wachsen. Der Ballungsraum München stehe vor dem Kollaps, so Obermeier. Die Politik heize künstlich die Wohnungsnachfrage an, wenn Firmen aus ganz Deutschland in den Großraum München gelockt würden. Als Folge stiegen die jetzt schon stattlichen Mietpreise. So entstehe der Zwang, zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen, was zulasten der Freiflächen in München ginge. Die Stadt plant momentan mit 7000 neuen Wohnungen jährlich, um den Bedarf zu decken. „Die Grenzen einer sinnvollen Verdichtung sind in München in Kürze erreicht“, heißt es seitens des Bündnisses.

Irene Frey-Mann vom Landesbund für Vogelschutz verweist darauf, dass die Forderungen eigentlich Beschlusslage der Stadt seien. Diese habe schon vor Jahren in ihrer



Irene Frey-Mann kritisiert die Politik der Stadt München. mw



Alexander Reissl (SPD) nennt die Forderungen „Voodoo-Ökonomie“. ms



Sabine Krieger (Grüne) hält Wachstum und Naturschutz für vereinbar. ms

„Leitlinie Ökologie“ beschlossen, flächensparendes Bauen zu fördern. In der Praxis zeige dies jedoch keine Wirkung. Hemmungslos würden neue Gewerbegebiete ausgewiesen. Als Beispiel nennt das Bündnis das Gewerbegebiet Freiham, in dem viele Flächen seit Jahren leer stünden. Trotzdem werde schon das nächste Gebiet am früheren Gleislager Neuaubing geplant. Damit werde die Zerschneidung eines bayernweit bedeutsamen Biotops in Kauf genommen.

Alexander Reissl, Fraktionsvorsitzender der Stadtrats-SPD, kann mit den Forderungen des Bündnisses wenig anfangen. Man müsse zwischen Grünflächen und ungenutzten Flächen wie dem Gleislager, „einem alten Bahnbetrieb, der seit Jahren leer steht“, unterscheiden. Zudem müsse München weiterhin eine prosperierende Region bleiben. Es sei „Voodoo-Ökonomie“, kein Gewerbe mehr anlocken zu wollen: „Ich empfehle jedem, sich mal bei schrumpfenden Regionen umzusehen, wel-

che Probleme das mit sich bringt.“

Sabine Krieger, umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Stadtrat, bläst in das selbe Horn. Allerdings räumt sie ein, dass einige Bauprojekte in der Vergangenheit nicht optimal gelaufen seien. Biotope wie das Gleislager Neuaubing wollen die Grünen künftig zu „Tabuflächen“ erklären. Zudem laufe eine Stadtratsanfrage der Grünen, wie viele Flächen in Freiham tatsächlich ungenutzt seien.

Eine weitere Verdichtung Münchens hält Reissl für möglich und nötig: „Niemand will die letzte Ecke zubauen. Aber die Grenze ist noch nicht erreicht.“ Natürlich müsse man überlegen, künftig mehr in die Höhe zu bauen. „Damit meine ich keine Hochhäuser, sondern vielleicht mal vier oder fünf Stockwerke statt nur zwei.“ Krieger sieht die Stadt auf einem guten Weg: „Wir kriegen den Spagat zwischen Wohnungsbau und attraktiven Grünflächen bisher gut hin.“ München solle auch weiter offen für Zuzug bleiben.